

Einzahl und Plural

Erwiderung auf „Gerechte Sprache“, Leserforum vom 25. Mai

Sehr geehrte Frau Krug, Ihre Aussage in Ihrem Leserinnenbrief am 25.5. teile ich voll und ganz. Selbst wenn ein hohes Gericht die gendgerechte Sprache für nicht zwingend erforderlich hält (für mich total unverständlich), so sollte sich z.B. eine Zeitschrift, die was auf sich hält, darüber hinwegsetzen und immer beide Formen publizieren – in der Einzahl als auch im Plural.

Marlies Hanfland, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lf-20200525

Nervendes Gejammer

Zu: „Die Chance ist weiblich“, FR-Magazin vom 23. Mai

Inhaltlich stehe ich hinter allem, was da gefordert wird. Nur, mit Verlaub, einfach die immer gleichen Forderungen im neuen Gewand zu stellen, bringt die Sache nicht voran. Schon Paul Watzlawick wusste, ein „mehr der Selben“ bringt keine Lösung, sondern nur neuen Verdruss. Ich finde es bemerkenswert, wenn Frau Furtwängler in der FR fordert, dass Frauen in den Medien sichtbarer gemacht werden müssen. Diese Frau ist mit 37,5 Prozent am Burda Verlag beteiligt. Wo sorgt sie dafür, dass in den Burda-Blättern wie Focus, Freundin und Bunte Frauen so dargestellt werden, wie sie es in der FR fordert? Und wenn die von mir sehr geschätzte Bascha Mika in ihrem Kommentar schreibt: „Es soll ja Männer geben die sich im Hotel einmieten, um in Ruhe arbeiten zu können“. Mit Verlaub, wenn Populisten so argumentieren, okay. Aber die FR? Da hätte ich mir doch mehr Substanz gewünscht.

Zeigt doch lieber, was Frauen leisten können, was sie erreicht haben und wie sie gegen Vorurteile und Widerstände kämpfen. Und wenn sie mal verlieren, wieder aufstehen und mit neuer Kraft weiterkämpfen. Das regt an, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und zu schauen, was man selbst zur Verbesserung der Lage tun kann. Positive Beispiele und nicht das tausendfach gehörte und inzwischen nervende „Wir werden benachteiligt“. Veränderung beginnt immer im privaten und beruflichen Umfeld. Meine Frau und ich haben uns die Arbeit zu Hause immer schon mehr oder minder gerecht geteilt und auch unsere Jungs entsprechend erzogen, und die leben das, wie viele ihrer Freunde und Freundinnen auch, heute genauso in ihren Familien und geben es an ihre Kinder weiter. Es gibt sie also, die anders funktionierenden Familien. Veränderungsprozesse brauchen kein Gejammer, sondern Vorbilder, die zeigen, wie man Chancen sieht und sie nutzt und wie man Verbündete findet, damit einem alleine nicht die Luft ausgeht. Diethard Geber, Rehlingen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht über die Politik von Angela Merkel und die Rolle der Medien in der politischen Debatte.
Donnerstag, 28. Mai, 19 Uhr
Presseclub Nürnberg. Teilnahme über folgenden Facebook-Account:
<https://m.facebook.com/PresseclubNuernberg>

Andreas Schwarzkopf spricht über „Die friedenspolitischen Herausforderungen der Corona-Krise“ mit Stefan Kroll vom Leibniz-Institut HSFK.
Donnerstag, 28. Mai, 17.30 Uhr
Livestream: youtu.be/Ob1YhMGZcJs

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefes dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet: frblog.de/lf-20200525

Die Marktwirtschaft ist kein Ponyhof

Zu: „Der Kranich ist gerettet“, FR-Wirtschaft vom 22. Mai

Der Staat will nicht mitreden

Unser obersmarter Ministerpräsident aus Bayern, Markus Söder, warnt also vor einer „Halbverstaatlichung“ der Lufthansa. Recht hat er, denn für die nun genehmigte, staatliche Fördersumme von neun Milliarden hätte man sich nicht nur ein klein wenig Einfluss auf den Konzern erkaufen können, nein, man hätte den Laden, dessen Wert mit vier Milliarden beziffert wird, komplett übernehmen, also Vollverstaatlichung betreiben können. Doch der Staat will ja gar nicht mitreden, wo kämen wir da hin. Jetzt wird also ein Konzern, der mit seinen Inlandsflügen nach wie vor der staatseigenen Bahn auf klimaschädlichste Weise Konkurrenz macht, unterstützt, weil Politiker wie Söder in alten (pseudo-)konservativen Kategorien denken. Bewahren der Schöpfung? Pfeif drauf!

Karsten Neumann, Nürnberg/Bethang

Dann darf man ein Wörtchen mitreden

Die Lufthansa AG ist ohne eigenes Verschulden in die größte wirtschaftliche Krise ihrer Existenz geraten und wünscht jetzt Staatshilfe – das ist nachvollziehbar, zumal man auch positiv anmerken muss, dass Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung vorschlagen, trotz üppiger Gewinne im Jahr 2019 keine Dividende auszuschütten.

Der Bund will dieser Bitte mit neun Milliarden Euro nachkommen, davon etwa ein Drittel als Kredit der KfW und zwei Drittel als eigenkapitalähnliche Mittel (Kapitalerhöhung, stille Beteiligung, Wandelanleihen – alles Mittel, die im Falle einer Insolvenz weitestgehend verloren sind.) Das ist eine Menge Holz, und dass der Bund im Gegenzug dafür substanzielle Mitspracherechte bekommen sollte, erscheint mir daher mehr als legitim. Dass jetzt aber bei FDP-Vertretern wie Herrn Theurer „die Alarmglocken schrillen“. Dass Herr Linnemann von der CDU es begrüßt, wenn „Lufthansa ge-

stützt wird, ohne Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen zu nehmen“, kann ich definitiv nicht nachvollziehen. Aktuell hat die Lufthansa einen Börsenwert von vier Milliarden – wenn jetzt ein Investor bereit ist, sechs Milliarden einzulegen, hält er damit faktisch die Mehrheit an dem Unternehmen. Und dann darf man schon ein Wörtchen mitreden...

Auch Lufthansa hat ja ihre Beteiligungen an anderen Fluggesellschaften nicht getätigt, damit diese weiterhin eigenständig rumwursteln. Dass dem Staat als Aktionär keine Sonderrechte zustehen, ist klar, aber warum er zum Aktionär zweiter Klasse deklariert werden und nicht ebenso wie jeder andere Großaktionär seine (unsere!) übergeordneten strategischen Interessen wie z.B. Umweltschutz, Arbeitsplatzsicherung umsetzen dürfen soll, erschließt sich mir nicht. Wenn der AktionärInnen der Lufthansa der Bund wegen solcher Ziele als Aktionär nicht passt, bleibt es ihnen unbenommen, den entsprechenden Vorschlag auf der dann fälligen Hauptversammlung abzulehnen. Dann muss man allerdings schauen, wer sonst bereit ist, der Lufthansa neues Geld zukommen zu lassen. So verstehe ich die These der „unsichtbaren Hand des Marktes“, die nach Adam Smith ja alles zum Besten regelt, wenn sich nur der Staat zurückhält.

Herr Theurer, Herr Linnemann, wenn Sie schon freies Unternehmertum und Zurückhaltung des Staates fordern, dann seien Sie bitte konsequent. Die von Ihnen geforderte Marktwirtschaft ist eben kein Ponyhof, wo der Staat (also wir alle!) in Notfällen der selbstlose gute Onkel ist und das kranke Pony vor der Notschlachtung rettet. Anders gesagt: Keine Mitspracherechte, kein Geld und damit möglicherweise Pleite, und das wird auch jeder andere wirtschaftlich denkende Investor so sehen.

Bezogen auf die knapp 38 000 MitarbeiterInnen, die die Lufthansa laut Jahresabschluss im Jahr 2019 im Mittel beschäftigt hat, belaufen sich die vom Bund angebotenen Mittel (ohne

die drei Milliarden Kredit) auf knapp 160 000 Euro pro MitarbeiterIn, das Zweifache der durchschnittlichen jährlichen Personalkosten (inkl. Management und PilotInnen). Zum Vergleich: Die Soforthilfe für Kleinunternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten beträgt maximal 9000 Euro (je Unternehmen!). Ist es da unmoralisch oder nicht nachvollziehbar, wenn der Staat Wert darauf legen würde, dass die Restrukturierung des so geförderten Unternehmens nicht primär auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird?

Klaus Vernie, Bad Honnef

Den Banken ist das Verlustrisiko zu hoch

Wenn nach Condor jetzt LH neun Milliarden Unterstützung bekommen soll, sind das vom Säugling bis zur alten Flaschensammlerin pro Kopf mehr als 100 Euro. Das Geld fällt nicht vom Himmel, der tumbe Bürger bezahlt's. Ich rechne mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent, zumal Deutschland einen Nachholbedarf im europäischen Vergleich als Rechtfertigung heranziehen kann, auch wenn die teilweise höhere MwSt anderer Länder nicht isoliert gesehen werden darf.

Warum überhaupt Staatshilfe? Weil keine Bank das Verlustrisiko zu tragen bereit ist. Allenfalls könnte vertretbar sein, der LH eine kurz laufende Staatsgarantie in niedriger Höhe zu geben. Diese Hilfe soll sie sich dann gefälligst von den gelangweilten Reisenden zurückholen, die meinen, ohne die Chinesische Mauer, Neuseeland und die Slums von Kapstadt gesehen zu haben, nicht in Frieden sterben zu können.

Die Politik darf sich nicht über den Tisch ziehen lassen. SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller hat in den 70er Jahren den Lobbyismus gezeißelt: „Organisierte Gruppen rotten sich zusammen und nehmen den Staat als Beute.“ Leider stellen sich heute mehr Politiker in den Dienst der Wirtschaft als je zuvor.

Hartmut Willibald Rencker, Mainz

Diskussion: frblog.de/lufthansa

Die Pandemie macht Strukturmängel erkennbar

Zu: „Eltern wollen mehr Unterricht“, FR-Regional vom 22. Mai

Der Unmut in der Elternschaft wächst – zu Recht. Die Corona-Pandemie offenbart die schulformübergreifenden Strukturmängel im Schulsystem. Statt diese Probleme zu lösen, arbeitet das hessische Kultusministerium an weiterem Ausbau von „Homeschooling“ und ignoriert die Bedürfnisse und die Lernsituation aller Schüler*innen in diesem Land. Denn Fernunterricht trifft ja nicht nur die gern zitierten „unterprivilegierten“ Schichten. Es trifft jedes Kind, jeden Jugendlichen. Abgesehen davon, dass der Ausbau sozialer Kompetenzen viel zu kurz kommt, vernachlässigt Homeschooling elementare Grundvoraussetzungen für ge-

glückte Lernprozesse: Lernen findet im persönlichen Austausch statt, z.B. durch gegenseitige Anregungen, gemeinsames Nachdenken und Handeln, durch Diskussion und Widerspruch.

Also müssen die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen andere Lösungen finden. Folgende Strukturprobleme müssen konsequent angegangen werden: Raumangel an vielen deutschen Schulen; Klassenstärken (wenn die Hygienekonzepte nicht mehr als 15 Personen pro Raum vorsehen, müssen ab dem kommenden Schuljahr die Klassenobergrenze auf maximal 26 Schüler*innen in der Sekundarstufe I sinken); personelle Kapazi-

täten; Lehrerbearbeitungszeit (hier müssen endlich die unzähligen Aufgaben, die eine Lehrkraft zu erfüllen hat, in realistische Zeitbudgets umgesetzt werden).

Gelingt es, obige Problemfelder zu lösen und eine notwendige Anpassung der Gehälter von Grundschullehrkräften vorzunehmen, kann auf Dauer die Attraktivität des Lehrberufs erhöht und dem Lehrermangel entgegengewirkt werden. Wie immer stellt sich die Kostenfrage. Das Kompetenzgerangel und die Abwehrhaltung der Länder gegen eine finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung, weil sie eine „Einmischung“ des Bundes in ihr föderales Hoheitsgebiet

„Bildung“ befürchten, ist im Interesse der Generation, die jetzt die Schule besucht, nicht nachvollziehbar und auch nicht akzeptabel. Was wäre an bundesweiten zentralen Abschlussprüfungen verantwortlicher als an landesweiten? Viele Doppelstrukturen könnten allein in diesem Bereich abgebaut und die eingesparten Kosten sinnvoller genutzt werden.

Ja, Bildung kostet. Dass bisher zu wenig investiert wurde, führt die Pandemie deutlich vor Augen. Nutzen wir sie für eine Reform im Interesse unserer Schüler*innen!

Ute Vogell, Hofheim

Diskussion: frblog.de/kitas-schulen